

Gemeinsamer Antrag Nr. 1

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
von Das Neue Österreich und Liberales Forum, Liberale Arbeitnehmer:innen

an die 185. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 28. Mai 2026

Maßnahmen gegen das „Zwischenparken“ von Arbeitnehmer:innen beim AMS

Die 185. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge beschließen:

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung auf, für mehr Transparenz und Kostenwahrheit in der Arbeitslosenversicherung zu sorgen und Fehlanreize zu beseitigen. Die Beiträge der Arbeitgeber:innen zur Arbeitslosenversicherung sollen sich zukünftig am bisherigen Kündigungsverhalten orientieren und verhindern, dass die Kosten temporärer Layoffs von einzelnen Unternehmen an die Allgemeinheit abgewälzt werden können.

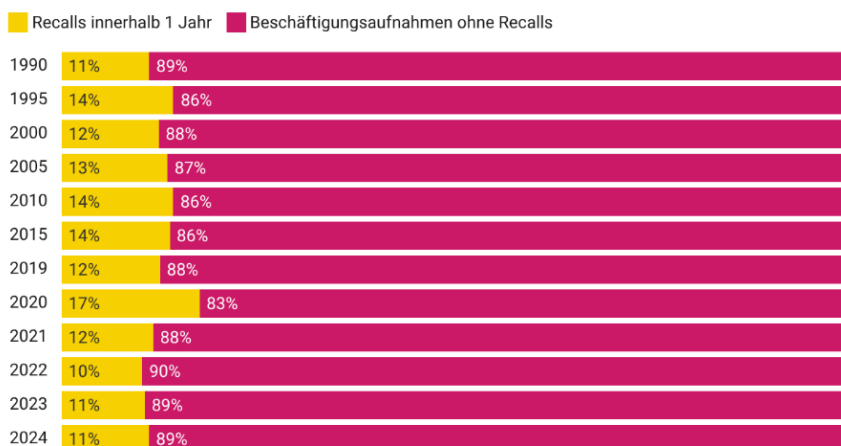
Begründung:

Die **Pauschalbeiträge** für Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung sind ein **Fehlanreiz**, der zu einer **Umverteilung von unten nach oben** führt. Unternehmen die Arbeitnehmer:innen in der Arbeitslosigkeit zwischenparken, sollten nach dem Verursacherprinzip auch einen **fairen Beitrag** für den von ihnen herbeigeführten Versicherungsfall zahlen.

Wenn Unternehmen laufende Arbeitsverhältnisse mit der Absicht aussetzen, sie später zu reaktivieren, spricht man von **temporären Layoffs**. **Unternehmen ersparen sich** dadurch nicht nur das Arbeitsentgelt während der Unterbrechung, sondern auch **Kosten** für Neueinstellungen, Personalsuche und Einarbeitung. Zudem vermeiden sie so den Verlust firmenspezifischen Humankapitals. Die **Kosten** dafür **treffen** die Arbeitslosenversicherung und damit die **Versicherungsgemeinschaft der Arbeitnehmer:innen**. Es handelt sich also um ein typisches Beispiel für die **Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Vergemeinschaftung von Verlusten**.

Ein Zehntel aller neuen Stellen sind alt

Anteil der Recalls an der jährlichen Beschäftigungsaufnahme in Österreich



Grafik: NEOS LiA - Liberale Arbeitnehmer:innen • Quelle: WIFO Monatsberichte 7/2025 • Erstellt mit Datawrapper

Eine aktuelle WIFO-Studie im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich zeigt, dass seit 1990 etwa **10 bis 17 Prozent der neuen Arbeitsverhältnisse aus temporären Layoffs** stammten (sogenannte Recalls). Das heißt also: **Ein Zehntel aller neuen Stellen sind alt**. Besonders viele solcher Recalls gab es im Pandemiejahr 2020. Doch das Problem besteht schon seit langem. Temporäre Layoffs sind für rund **einen Prozentpunkt der**

Arbeitslosenquote verantwortlich und **kosten** die Arbeitslosenversicherung **jährlich 600 bis 700 Millionen Euro**.

Ähnlich wie bei einer KFZ-Versicherung sollten auch bei der Arbeitslosenversicherung **diejenigen, die häufiger den Versicherungsfall herbeiführen** auch einen **höheren Versicherungsbeitrag bezahlen**. Ein erfahrungsabhängiges Beitragssystem (Experience Rating) gibt es bereits seit Jahrzehnten in den USA. **Empirische Studien zeigen**, dass das Experience Rating dort **temporäre Layoffs signifikant reduziert**, die Beschäftigung stabilisiert und die Arbeitslosigkeit senkt. Dadurch sinken die Anreize zu kurzfristigen Beschäftigungsunterbrechungen. Belastungen von Arbeitnehmer:innen werden vermieden, und die Finanzierungslast der Arbeitslosenversicherung verteilt sich gerechter.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--